

Position der BAUINDUSTRIE

die Investitionsmittel sollten auf dem bisherigen Niveau verstetigt werden, damit die Bauunternehmen genügend Planungssicherheit haben, um ihre Kapazitäten weiter auszubauen,

Ausschreibungen sollten konsequent an den Markt gebracht werden, vor allem aber **dürfen** keine Ausschreibungen aus Preisgesichtspunkten bewusst zurückgehalten werden,

Baupreissteigerungen sollten aufgrund gestiegener Materialpreise und Lohnkosten sowohl in den Investitionsprogrammen als auch bei der konkreten Projektplanung berücksichtigt werden,

Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie die Vergabestellen sollten mit ausreichenden personellen Kapazitäten ausgestattet werden, um Engpässe in diesem Bereich zu vermeiden,

einen Planungs- bzw. Ausschreibungsstopp während des Übergangsprozesses von der Auftragsverwaltung der Länder auf die Autobahn GmbH ist zu verhindern und es sollten Anreize gesetzt werden, damit die Länder weiterhin in die Planung und Ausschreibung neuer Projekte investieren,

die gesamte Palette an kleinen, mittleren und größeren Projekten sollte an den Markt gebracht werden, damit die gesamte Bandbreite der mittelständischen, familiengeführten und größeren Unternehmen am Infrastrukturausbau mitwirken können,

alle Beschaffungsvarianten im Straßenbau, von der konventionellen Ausschreibung, über Gesamtvergaben und Funktionsbauverträge bis hin zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) je nach Projekteignung sollte Anwendung finden, damit die gesamte Leistungsfähigkeit der BAUINDUSTRIE zur Erreichung der politischen Ausbauziele genutzt werden kann.